

**Auszug aus dem Protokoll
der 36. Ordentlichen Tagung der Kreissynode
des Kirchenkreises Wuppertal
am 12. und 13.11.2021**

**Tagesordnungspunkt 02
Angelegenheiten des Kirchenkreises**

06.4 Globale Impfgerechtigkeit

Leitung: Dummer

Berichterstattung: Wieder

Pfarrer Jörg Wieder und Katja Dummer erläutern den Antrag:

Mit der Corona-Pandemie ist fast die gesamte Weltbevölkerung von einem gravierenden Gesundheitsnotstand betroffen. Doch die Folgen treffen Menschen unter uns und weltweit unterschiedlich hart. Die SARS-Cov-2 Pandemie verstärkt bestehende globale Ungerechtigkeit sowie die Diskriminierung und Stigmatisierung von Menschen, die besonders verletzlich sind. Weltweit sind über 160 Millionen Infektionen und über 3,3 Millionen Todesfälle gezählt, wegen unterschiedlicher Diagnose-Kapazitäten und politischer Rahmenbedingungen kann von einer großen Zahl unbekannter Fälle ausgegangen werden.

Während in afrikanischen Ländern die erste Welle vor allem gravierende sozioökonomische Folgen mit sich brachte, ist aktuell zu beobachten, dass auch die direkten Covid-19-Infektionen zunehmen. „Hochentwickelte Volkswirtschaften verzeichneten bei marginalisierten Gruppen die höchste Sterblichkeit. In den Entwicklungsländern sind die verwundbarsten Menschen, darunter die in der Schattenwirtschaft Beschäftigten, ältere Menschen, Kinder, Menschen mit Behinderungen, Angehörige indigener Bevölkerungsgruppen, Migrantinnen und Migranten und Flüchtlinge, noch stärker gefährdet.“ (Bericht 2020, Ziele für nachhaltige Entwicklung, www.un.org).

Die globale Pandemie kann nur global bekämpft, begrenzt und überwunden werden. Ein wesentliches Mittel ist der Schutz aller Menschen durch Impfungen. Impfstoffe gegen Covid-19 sollten ein globales öffentliches Gut und allen Menschen zugänglich sein. Theologisch liegt dies in der gleichen Würde aller Menschen vor Gott begründet.

Beschluss:

Die Synode möge beschließen:

1. Mit der SARS-Cov-2 Pandemie ist die Weltbevölkerung von einem gravierenden Gesundheitsnotstand betroffen. Mit großer Sorge nimmt die Synode wahr, dass durch die Pandemie die globale Ungerechtigkeit verstärkt wird. Es ist eine christliche und humanitäre Aufgabe, dies öffentlich zu machen und nationale Egoismen zu überwinden.
2. Die Pandemie kann nur global bekämpft, begrenzt und überwunden werden. Die Synode erinnert daran, dass Impfstoff ein globales öffentliches Gut ist und allen Menschen zugänglich sein muss.
3. Die Synode hält fest, dass die derzeitige weltweite Verteilung der Impfstoffe die Ungleichheit und Ungerechtigkeit zwischen Menschen weltweit erhöht und die notwendige globale Bekämpfung der Pandemie gefährdet.

4. Die Synode fordert die Bundesregierung auf,
 - sich dafür einzusetzen, rechtliche Möglichkeiten zur weltweiten Nutzung der Patente zu schaffen und zu ermöglichen, dass produktionstechnisches Wissen an Hersteller in der ganzen Welt und den WHO-COVID-19-Technology-Access-Pool weitergegeben wird, damit schnell und regional die Produktionsmenge an bezahlbarem Impfstoff gesteigert werden kann;
 - „überschüssige“ Dosen Corona-Schutzimpfung, die Deutschland gekauft hat, zeitnah über die COVAX-Initiative an Länder des Globalen Südens weiterzuleiten und auf internationaler Ebene dafür zu werben, dass weitere wirtschaftlich reiche Industrienationen dies ebenso tun;
 - sich in Deutschland und auf internationaler Ebene dafür stark zu machen, dass Menschen, die von der öffentlichen Gesundheitsversorgung ausgeschlossen sind – wie Menschen auf der Flucht – einen kostenlosen Zugang zu einer Corona-Schutzimpfung erhalten;
 - im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit Länder des Globalen Südens bei ihren Impfkampagnen gegen SARS.Cov-2 und beim Aufbau eigener Produktionskapazitäten für Impfstoffe mit Beratung, Ausbildung von Fachpersonal, finanziellen Mitteln und medizinischer Ausrüstung zu unterstützen, dabei auf lokales Erfahrungswissen zurückzugreifen und so dazu beizutragen, dass Länder des Globalen Südens in Zukunft auf Mutationen des Corona-Virus und andere pandemische Situationen schnell und vor Ort unabhängig reagieren können.
5. Die Synode bittet Kirchenmitglieder, Gemeinden und die Leitung des Kirchenkreises, sich bei Landes- und Bundespolitiker*innen für die Umsetzung der oben genannten Forderungen stark zu machen.
6. Die Synode fordert die Kirchenleitung der EKIR auf, die Forderungen nachhaltig zu unterstützen, indem sie dazu das Gespräch sucht mit der Landes- und Bundesregierung und allen ihr zugänglichen politischen Entscheidungsträgern. Sie fordert die EKD-Verantwortlichen auf, ebenso zu handeln.

Abstimmung: einstimmig